Janning Petersen aus Hamburg antwortet auf Carsten Prüsers Beitrag „Gerechtigkeit – der vergessene Schlüssel“

Carsten Prüser hat in seinem Essay die Frage gestellt, die seit Jahren niemand mehr stellt: Was meinen wir eigentlich, wenn wir „Gerechtigkeit“ sagen? Seine Antwort ist unbequem und richtig: Die Sozialdemokratie hat den Begriff auf Kuchenverteilung reduziert – mehr Geld hier, weniger Steuern da –, und dabei vergessen, dass Gerechtigkeit eigentlich Teilhabe meint. Nicht die Frage, wer wie viel bekommt, sondern wer mitreden darf.

Dem ist wenig entgegenzusetzen. Aber es lässt sich etwas hinzufügen.



Hamburger Rathaus, im Vordergrund „Gerechtigkeit“. Foto: Marcelo Hernandez

Wer fordert eigentlich Gerechtigkeit?

Die Frage klingt trivial, ist es aber nicht. Gerechtigkeit fordert, wer weniger bekommt als andere und das vergleichen kann – das ist der unmittelbare Fall. Gerechtigkeit fordert auch, wer an einem Maßstab misst, der über die eigene Situation hinausreicht: Es gibt die Idee, dass alle Stücke gleich groß sein müssten, und meines ist kleiner. Und schließlich fordert Gerechtigkeit, wer das Missverhältnis

für andere erkennt – wer sieht, dass jemand weniger bekommt, und das nicht hinnimmt.

Diese dritte Position ist die politisch entscheidende. Denn sie setzt voraus, dass jemand überhaupt hinschaut. Und genau hier beginnt das Problem.

Die Schichten der Gerechtigkeit

Aus der Integrationsforschung kennen wir ein Entwicklungsmodell, das sich auf die Gerechtigkeitsfrage übertragen lässt. Wer in eine Gesellschaft eintritt – sei es als Einwanderer, als Kind, als Mensch nach einer Krise –, durchläuft Stufen. Zuerst geht es um das Elementare: Versorgung, Gesundheit, ein sicherer Ort. Dann darum, die eigene Identität behaupten zu können – man selbst sein dürfen. Dann darum, die eigenen Lebensgrundlagen selbst beschaffen zu können. Brecht nannte das 1928 in der Dreigroschenoper beim Namen: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.

Bis hierher – und das ist entscheidend – handelt es sich um Menschenrechte. Eine Gesellschaft *muss* Raum und Ressourcen bereitstellen, damit Menschen diese Stufen überhaupt gehen können. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag bildet das ab, die Schulpflicht sanktioniert Abweichungen.

Aber dann kommen zwei weitere Stufen, die fakultativ sind – und die den ganzen Unterschied machen: Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft. Und Teilhabe an deren Gestaltung. Die Moral eben.

Und genau hier, bei Stufe vier und fünf, hört die Politik auf zu denken.

Was Covid sichtbar machte

Dass Einwanderern der Zugang zu Teilnahme und Teilhabe systematisch versperrt bleibt, ist bekannt – und wird routiniert beklagt, ohne dass sich etwas ändert. Oft scheitern sie bereits an den vorgelagerten Stufen, sodass sie bei vier und fünf nie ankommen.

Aber Covid hat etwas Bemerkenswertes getan: Es hat dieses Muster auch bei den eigenen Kindern sichtbar gemacht. Ihnen wurde Teilnahme und Teilhabe schlicht verboten. Einige haben sich ihre Räume trotzdem geschaffen, aber trotz Schulpflicht erhielten sie keine Teilhabe. Was sonst als Problem der „anderen“ verhandelt wird, traf plötzlich die Mitte. Und trotzdem wurde kaum jemand hellhörig.

 Alle Rechte vorbehalten.

Wer versperrt also Teilnahme und Teilhabe? Die Antwort, die Prüser in seinem Essay nahelegt, ist richtig: eine verwaltete Welt, die Menschen als Empfänger von Leistungen begreift, nicht als Gestalter. Aber man muss einen Schritt weitergehen. Es wird nicht nur Kuchen verteilt, *weil* die Politik es nicht besser kann – es wird Kuchen verteilt, *damit* alles andere unangetastet bleibt. Die Macht über den Rest – über Teilnahme und Teilhabe, über die Frage, wer mitgestalten darf – halten diejenigen fest, die sie haben. In der Regel weiße Babyboomer-Männer mit Funktionärskarrieren, die sich für das Gemeinwohl halten, weil sie es seit dreißig Jahren verwalten.

Sollen sie doch Brioches essen

Das ist keine neue Idee. Die der Marie Antoinette fälschlich zugeschriebene Wanderanekdote – „Qu'ils mangent de la brioche", sollen sie doch Brioches essen – kursiert seit dem 16. Jahrhundert und wurde seitdem immer wieder verschiedenen Herrschenden in den Mund gelegt. Sie ist die bösartige Kurzformel für exakt den Mechanismus, den Prüser beschreibt: Ruhigstellung des ungerecht Behandelten durch ein Stück Kuchen. Wer hungert, bekommt Brioche. Wer nach Teilhabe verlangt, bekommt Bürgergeld. Der Gestus ist derselbe.

Gerechte Kuchenverteilung, so ließe sich sagen, ist das Kennzeichen einer sozialen und kulturellen Senke. Eine Gesellschaft, die Gerechtigkeit nur noch als Verteilungsfrage versteht, hat aufgehört, politisch zu denken. Sie verwaltet Stillstand und nennt ihn Sozialstaat.

Die Räuberleiter

Aber es gibt Anzeichen, dass der Weg aus dieser Senke nicht nur gedacht, sondern auch gegangen wird – allerdings nicht von denen, die man erwarten würde. In München wurde Dominik Krause, Jahrgang 1990, Oberbürgermeister. In New York sitzt Zohran Mamdani, ebenfalls Jahrgang 1990, in der Town Hall und fordert die demokratischen Strukturen mit einer Radikalität heraus, die in der deutschen Debatte undenkbar wäre. Beide sind 35, beide denken Gerechtigkeit nicht als Verteilungsfrage, sondern als Ermächtigungsfrage.

Das ist kein Zufall. Die Babyboomer-Jahrgänge umfassen in Deutschland rund 1,4 Millionen Menschen pro Jahr. Die jüngeren Jahrgänge kommen auf 750.000. Die Älteren sind nicht nur zahlreicher, sie besetzen auch die Institutionen, die Mandate, die Aufsichtsräte. Das demographische Kräfteverhältnis ist erdrückend.

 Alle Rechte vorbehalten.

Umso wichtiger wird die Frage, wie die ältere Generation den jüngeren den Aufstieg ermöglicht, statt ihn zu blockieren. Nicht durch Gönnerhaftigkeit und nicht durch Kuchenstücke, sondern durch das, was Prüser fordert: durch die Verteilung von Macht. Durch Hände und Schultern, die man hinhält, damit die Jüngeren über diese Räuberleiter aufsteigen und von weiter oben den Horizont sehen können, den die Institutionenmüdigkeit der Älteren längst verstellt.

Ob die SPD – ob irgendeine der etablierten Parteien – dazu bereit ist, steht auf einem anderen Blatt. Aber die Frage stellt sich nicht mehr als Luxus. Sie stellt sich als Notwendigkeit.

Janning Petersen lebt in Hamburg und beschäftigt sich mit gesellschaftlicher Entwicklung und Integration.

 Alle Rechte vorbehalten.